

Müssen Schulen geschlossen werden?

Alles, was im Zürcher Bildungswesen Rang und Namen hat, warnt vor dem Millionen-Sparplan der Kantonsregierung - mit drastischen Beispielen. Ihr Manifest verlangt ein Bekenntnis zur Bildung.

Tagesanzeiger, 27.11.15

Marius Huber und Mirjam Fuchs

Anders als in den anderen Schweizer Kantonen ist in Zürich noch nicht bekannt, wo bei der Bildung konkret gespart werden soll. Der Regierungsrat habe noch keine Entscheidung getroffen, sagen die Amtschefs des Volksschulamtes und des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes, Martin Wendelspiess und Marc Kummer.

Dass bei der Bildung gespart wird, ist hingegen beschlossene Sache. Darum formieren sich gegen diesen Entscheid nun so ziemlich alle, die mit der Zürcher Bildungslandschaft in Verbindung stehen: die Rektoren der Hochschulen, Lehrer- und Schulleiterverbände von Mittelschulen, Berufsschulen und Volksschulen sowie die Schulpräsidenten aus den Gemeinden. Gemeinsam haben sie ein Manifest für die Bildung verfasst, in dem sie verlangen, dass es in Zürich statt Spardebatten ein «mutiges Bekenntnis zur Bildung und ihren Institutionen» brauche. Es sei klar, dass der Kanton seine Finanzen im Griff haben müsse. Aber wenn die Schüler- und Studierendenzahlen stiegen und gleichzeitig das Budget gekürzt werde, gehe die Rechnung nicht auf. Nötig seien gezielte Investitionen in den Bildungszusatz. Dieser Forderung wollen die Unterzeichner des Manifests am 13. Januar 2016 mit einem Tag der Bildung Nachdruck verleihen.

Der Hintergrund für die konzertierte Aktion: Die Zürcher Bildungsdirektion unter der neuen Leitung von CVP-Regierungsrätin Silvia Steiner hat im September bekannt gegeben, dass sie von 2016 bis 2019 jährlich 49 Millionen Franken

streichen wolle. 20 Millionen sollen bei der Volksschule wegfallen, was etwa 4,5 Prozent des diesjährigen Budgets entspräche, 18 Millionen (oder 5 Prozent) bei den Mittelschulen, 11 Millionen (oder 3 Prozent) bei der Berufsbildung. Dies, nachdem sich die Bildungsausgaben im Kanton Zürich von 1990 bis 2010 fast verdoppelt haben.

Eine Umfrage des Dachverbands der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer hat gezeigt, dass die Sparmassnahmen in anderen Kantonen nicht nur das Personal treffen, sondern zu mehr als der

«Wir wollen uns nicht beklagen, sondern zum Dialog anregen. Bildung ist unsere wichtigste Ressource.»

Christoph Wittmer, Präsident der Schulleiterkonferenz Zürcher Mittelschulen

Hälfte auch den Unterricht. Es werden Förderangebote reduziert, Halbklassen gestrichen und Freifächer abgebaut.

Dass die erste Millionensparrunde im Kanton Zürich wie angekündigt schon 2016 beginnt, bezweifelt Lilo Lätzsch, die Präsidentin des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbands (ZLV). Die Bildungsdirektion habe angekündigt, dass sie zuvor das Gespräch mit dem Verband suchen werde, doch bis jetzt habe sie nichts von sich hören lassen. Die Sparmöglichkeiten des Kantons auf Ebene der Volksschule sind sowieso gering: Sie beschränken sich vor allem auf die Lehrerlöhne.

Rund 80 Prozent der Volksschulkosten tragen die Gemeinden.

Laut Lätzsch sind die Bildungsausgaben auf Ebene der Gemeinden schon in diesem Jahr spürbar zusammengestrichen worden, das zeige eine nicht repräsentative Umfrage des Verbands unter den Lehrpersonen. Die Antworten von 215 Lehrpersonen zeigen, wo der Rotstift konkret angesetzt werden könnte: beim Material, bei Vikariaten, bei Deutsch als Zweitsprache, Freifächern, Schulreisen und Klassenlagern. Besonders betroffen sind Fördermassnahmen für schwächere Schüler, in der Umfrage nannten viele Lehrpersonen die Integrative Förderung (IF) als Bereich, in dem ihre Gemeinde spare. «Anstelle einer ausgebildeten schulischen Heilpädagogin wird immer öfter eine Klassenassistentin eingesetzt», schreibt eine Lehrperson.

Keine Freifächer mehr

Die Kantonsschulen sind von den angekündigten Sparrunden im Verhältnis zum Gesamtaufwand am stärksten betroffen. Auf der Website des Zürcher Bildungsmanifests rechnen sie vor, was ein jährlicher Abbau von 18 Millionen Franken bedeuten würde: zum Beispiel die Schliessung einer Schule. Oder eine Aufnahmebeschränkung, damit pro Jahr 900 Kinder weniger ins Gymi kommen – was zur Folge habe, dass der Staat einen Teil der gymnasialen Ausbildung an die Privatschulen übergebe. Auch mehr Arbeit für Lehrer oder drei Lektionen pro Woche weniger werden genannt.

«Wir wollen uns nicht beklagen, sondern zum Dialog anregen. Bildung ist un-

sere wichtigste Ressource und sollte nicht beschnitten werden», sagt Mitunterzeichner Christoph Wittmer, Präsident der Schulleiterkonferenz Mittelschulen des Kantons Zürich (SLK) und Rektor der Kantonsschule Enge. Kommen die Sparpläne durch, müsste Wittmer jährlich rund eine Million seines 21-Millionen-Schulbudgets einsparen. Er äussert sich besorgt über diese Grössenordnung der Vorgaben. «Wenn alle Freifächer, Exkursionen und Projektwochen wegfallen, ist erst die Hälfte gespart», sagt Wittmer.

Kritik von rechts

Noch ist nicht klar, ob die Regierung den Schulen vorgibt, wo gespart werden soll. Dass eine Kantonsschule geschlossen wird, findet selbst Wittmer unwahrscheinlich. Der Abbau von Unterrichtsangeboten hingegen ist realistisch, wie der Blick auf andere Kantone zeigt.

Das «Zürcher Manifest für die Bildung» sorgt bei bürgerlichen Politikern für Unmut. Vor allem dann, wenn die Kinder dafür instrumentalisiert würden, wie der SVP-Kantonsrat Hans-Peter Amrein moniert. Der Rektor der Zürcher Kantonsschule Stadelhofen etwa habe Schüler per E-Mail aufgerufen, das Manifest mit einer Unterschrift oder Spende zu unterstützen. Amrein will vom Zürcher Regierungsrat nun wissen, ob dieses politische Engagement von staatlichen Organisationen und ihren Führungspersonen nicht gegen das staatliche Neutralitätsgebot verstosse. Er glaubt die Antwort bereits zu kennen: In der Vergangenheit habe die Regierung in ähnlichen Fällen durchgegriffen.